

# Diskussionspapier des Arbeitskreises Deutsche Gebärdensprache des BDH Baden-Württemberg e. V.

*Das Diskussionspapier wurde von den Teilnehmern des Arbeitskreises Gebärdensprache erarbeitet. Mit dieser Veröffentlichung werden die Leser der „HörPäd“ um Mitarbeit gebeten. Rückmeldungen mögen geschickt werden an die Leiterinnen des Arbeitskreises: Vera Kolbe und Julia Martens-Wagner (E-Mail: [v.kolbe@bbzstegen.de](mailto:v.kolbe@bbzstegen.de); [julia.martens@SBBZInt-HN.KV.BWL.DE](mailto:julia.martens@SBBZInt-HN.KV.BWL.DE))*

Wie ist die momentane Situation in Baden-Württemberg? Welche positiven Entwicklungen gibt es, woran muss noch gearbeitet werden?

In den letzten Jahren ist der Stellenwert der Deutschen Gebärdensprache (DGS) an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) mit dem Förderschwerpunkt Hören deutlich gestiegen. An wenigen Einrichtungen wird DGS als Unterrichtsfach, in Teilen als Unterrichtssprache angeboten und findet in zunehmendem Maße bei Veranstaltungen Berücksichtigung. Dabei zeigt sich ein wachsendes Interesse einiger am Schulleben Beteiligter an der Gebärdensprache.

Fehlende gebärdensprachkompetente personelle Ressourcen erschweren das Angebot von DGS als Unterrichtsfach an allen SBBZ, auch wenn in den letzten Jahren Schulentwicklungsgelder durch das Kultusministerium für Fortbildungen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Umsetzung des Fachs DGS oder des bimodal-bilingualen Unterrichts ist nur möglich, wenn an den Schulen Lehrkräfte mit gebärdensprachlichen Kompetenzen unterrichten. Authentische Sprachvorbilder sind vor allem Kollegen mit DGS als Muttersprache oder eigener Hörbehinderung und Gebärdensprachorientierung. Derzeit sind auch einzelne Erzieher mit Hörbehinderung an den Schulen aktiv, welche im

Rahmen unterrichtsergänzender Förderangebote DGS unterrichten. Zudem sind hörende Lehrkräfte im DGS-Unterricht und bimodal-bilingualen Unterricht tätig, die Interesse am Fach zeigen und bereits über Gebärdensprachkompetenzen verfügen. Die Notwendigkeit wird deutlich, in der Ausbildungsphase und berufsbegleitend Angebote an Gebärdensprachkursen, Gebärdensprachpädagogik und Gebärdensprachdidaktik zu schaffen.

Für DGS als Unterrichtsfach gibt es bislang kein Curriculum. Die Lehrkräfte unterrichten fachfremd, indem sie versuchen, sich an der Handreichung Deutsche Gebärdensprache<sup>1</sup> und den Vorgaben aus anderen Bundesländern zu orientieren. Ein Angebot von DGS als Unterrichtsfach an den Schulen bedarf klarer Rahmenvorgaben. Nach der Verankerung im Bildungsplan der Schule für Hörgeschädigte, fehlt jetzt ein nach Leistungsniveau und Klassen genau aufgegliedertes Curriculum und die Berücksichtigung von DGS als Unterrichtsfach in der Kontingenzstundentafel.

Dem Curriculum entsprechend sollte ein Lehrwerk konzipiert werden. Geeignete Materialien/Medien zur Gestaltung des Unterrichts, die an die Anforderungen eines differenzierten, offenen Unterrichts in heterogenen Lerngruppen angepasst sind, werden benötigt. Zudem müssen Anforderungsprofile erstellt und Formate für die Leistungsüberprüfung und -bewertung entwickelt werden.

Momentan ist es häufig so, dass DGS als Unterrichtssprache in Eins-zu-Eins-Situationen mit Schülern eingesetzt wird und bei gemischten Lerngruppen aus laut- und ge-

bärdensprachlich orientierten Schülern nur lautsprachunterstützend gebärdet wird, wobei sich die DGS-nutzenden Schüler die Kommunikationsinhalte zusammenfügen müssen.

An sehr wenigen SBBZ werden gemischte laut- und gebärdensprachliche Gruppen bimodal-bilingual unterrichtet. Es zeigt sich, dass die Schüler von diesem Angebot profitieren. Sowohl der Unterricht von DGS als auch der bimodal-bilinguale Unterricht basiert an den SBBZ bislang auf schuleigenen Konzepten, die häufig auf Erfahrungswerten und Transformationen aus der Fremdsprachendidaktik beruhen. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, auch fachdidaktische Inhalte zur DGS zukünftig in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte zu verankern. Der Arbeitskreis DGS des Berufsverbandes Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen Baden-Württemberg (BDH BW) ermöglicht hierbei den Austausch zwischen Lehrkräften unterschiedlicher SBBZ und beschäftigt sich mit Umsetzungs-möglichkeiten von DGS im Unterricht.

*Welche Wünsche gibt es an die staatlichen Schulämter, das Kultusministerium und an die Lehrerbildung/die Pädagogische Hochschule?*

Aufgrund der oben beschriebenen Situation in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs wünschen sich die Teilnehmer des Arbeitskreises DGS die Schaffung und Finanzierung von Angeboten an berufsbegleitenden Fortbildungsmöglichkeiten in bimodal-bilingualer Bildung und Gebärdensprache für bereits ausgebildete Lehrkräfte.

An den SBBZ benötigt man gleichzeitig ein DGS-Kursangebot in verschiedenen Niveaustufen. An den Schulen sollten hierfür entsprechend ausgebildete Lehrkräfte eingesetzt

<sup>1</sup> Bendias, M.; Fertig, M.; Kersten, E.; Kolbe, V.; Martens-Wagner, J.; Wagner, M. (2013): Deutsche Gebärdensprache – Hilfen für die Einführung in Schulen. Landesinstitut für Schulentwicklung Stuttgart.

werden. Ebenso ist es denkbar, anderes Fachpersonal sowie Gebärdensprachdolmetscher in sorgfältig bestimmten, dafür geeigneten Unterrichtssettings, zu beschäftigen.

Bereits in der Ausbildung zum Sonderpädagogen für den Förderschwerpunkt Hören sollte eine grundlegende Gebärdensprach- und Unterrichtskompetenz für bimodal-bilinguale Settings verpflichtend erworben werden.

Dies gilt gleichermaßen für die Frühförderung und Schulkindergärten. Auch hier sollten bimodal-bilinguale Bildungsangebote umgesetzt werden, um eine gemeinsame Grundlage für die anschließende schulische Bildung zu schaffen. Die Einrichtungen benötigen hierfür ausgebildetes Personal, das auch in ländlichen Gegenden tätig sein kann. Parallel sollte auch an den Bedarf von DGS-Kursangeboten für alle an der Erziehung Beteiligten gedacht werden.

Unabdingbar ist die Erstellung eines Curriculums, um gemeinsame Inhalte und Schwerpunkte festzuhalten, Stundentafeln festzulegen und verbindliche Regelungen, wie auch finanzielle und personelle Ressourcen für alle Schulen zu vereinbaren. Hierzu gehört die Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien.

Ein weiterer bisher weitgehend unbeachteter Schwerpunkt ist die Entwicklung von DGS-Diagnostikmaterial und die Erstellung neuer Verfahren, um die Gebärdensprachkompetenz der Lernenden überprüfbar zu machen.

*Welche Rahmenbedingungen brauchen wir an der Schule? Wie intensiv muss der DGS Unterricht in der Schule sein? Wie können mehr DGS-Muttersprachler an der Schule angestellt werden?*

Zwei Stunden DGS als Unterrichtsfach pro Woche soll für alle Schüler an den SBBZ Hören für die Klassen 1–9 in die Stundentafel aufgenommen werden. Damit kann eine Gebärdensprachkompetenz erreicht werden, mit der die Schüler in DGS kommunizieren und in ihrem Berufsleben Gebärdensprachdolmetscher nutzen könnten. Soziale Integration wird durch die dabei aufgebaute

Kommunikationsfähigkeit zwischen allen Schülern erreicht. Muttersprachlich gebärdensprachnutzenden Kindern wird ein fundierter Sprachausbau ermöglicht.

Ergänzend ist es notwendig, den Bereich der sogenannten Hörgeschädigtenkunde<sup>2</sup>, Empowerment, rechtliches Wissen, Kultur der Gehörlosen et cetera, in den Unterricht zu integrieren.

Problematisch ist der Unterricht von Schülern einer Klasse, die sehr unterschiedliche DGS-Kompetenzen mitbringen, wie zum Beispiel DGS- DGS-Muttersprachler, Quereinsteiger ohne DGS-Kenntnisse, Schüler, die seit einigen Jahren DGS erlernen et cetera. Dem kann durch sehr differenzierten Sprachunterricht oder durch jahrgangsübergreifende Gruppenbildung Rechnung getragen werden.

Es wird weitaus mehr DGS-Sprachkompetenz an den Schulen benötigt als zur Verfügung steht. Momentan gibt es noch nicht genügend gebärdensprachkompetente und Sonderpädagogen, um DGS-Unterricht in allen Klassenstufen abzudecken. Der Einsatz von gehörlosen DGS-Dozenten könnte diese Lücke füllen, der kulturelle Aspekt von Gebärdensprache kann von ihnen sehr gut vertreten werden. Gemeinsam mit Sonderpädagogen können so auch wertvolle bimodal-bilinguale Unterrichtssettings entstehen. Leider können diese an staatlichen Schulen nicht eingestellt werden.

Die DGS-Kompetenz der Sonderpädagogen sollte an den SBBZ durch fortlaufende DGS-Kurse für Mitarbeiter, auf unterschiedlichen Niveaustufen, aufgebaut werden. Um eine Sprachqualifikation nachzuweisen, könnten Prüfungen auf der Grundlage des Europäischen Referenzrahmens für Fremdsprachen abgelegt werden. Eine Weiterqualifizierung mittels eines Zusatzstudiums Gebärdensprachdidaktik wird gewünscht.

Weitere Möglichkeiten, um DGS-Kompetenz an den SBBZ zu etablieren, könnten Praktika von gebärdensprachkompetenten

Studenten sein oder die Ermöglichung eines Sozialen Jahres für gehörlose DGS-Muttersprachler. Momentan ist dabei die Kostenübernahme für benötigte Versicherungen an den staatlichen SBBZ problematisch. Projekte oder Kooperationen mit Gehörlosenvereinen sind eine weitere Möglichkeit, um Kontakte zu erwachsenen Identitäts- und Sprachvorbildern zu ermöglichen.

*Welche Möglichkeiten und Grenzen gibt es für den Einsatz hinsichtlich DGS-Assistenten, Pädagogischen Fachkräften und Gebärdensprachdolmetschern zur Unterstützung des DGS-Angebots im Unterricht?*

Grundsätzlich besteht momentan die Notwendigkeit für kreative Lösungen, da auf Seiten der Sonderpädagogen bisher noch zu wenig Gebärdensprachkompetenz vorhanden ist. Es ist anzunehmen, dass sich dies durch veränderte Inhalte an der PH Heidelberg, durch an den SBBZ angebotenen Gebärdensprachkursen und durch die Notwendigkeit, den Bildungsplan der Schule für Hörgeschädigte 2011 zu erfüllen, ändern wird.

Es ist gut vorstellbar, dass gehörlose pädagogische Fachkräfte, wie zum Beispiel DGS-Dozenten oder ausgebildete Erzieher, als Zweitkraft im Unterricht eingesetzt werden, da diese aufgrund ihrer Sprachkompetenz DGS vermitteln können, um bimodal-bilingualen Unterricht oder DGS als Unterrichtsfach zu ermöglichen. Vor allem im Schulkindergarten ist der Einsatz gebärdensprachkompetenter Fachkräfte wesentlich sinnvoller, als der Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern, da der Fokus auf dem spielerischen Einsatz von Sprache und kindgerechter Vermittlung von Inhalten liegt.

Es gibt viele bimodal-bilinguale Unterrichtsssettings, die stark in Richtung dolmetschen ausgerichtet sind, hier ist die Kompetenz von Gebärdensprachdolmetschern wertvoll und sehr gut einsetzbar. Es muss dabei bewusst sein, dass dadurch weitere Möglichkeiten eines DGS-orientierten Sprachangebots, wie zum Beispiel Gruppenarbeiten in DGS, in diesem Unterricht nicht angeboten werden, da es nicht die Aufgabe des Gebärdensprachdolmetschers ist, Unterrichtsangebote in der Zielsprache DGS zu

<sup>2</sup> Hörgeschädigtenkunde steht im aktuellen Bildungsplan 2011 der Schule für Hörgeschädigte in Baden-Württemberg.

schaffen, sondern das im Unterricht stattfindende Sprachgeschehen zu übersetzen. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen und Lehrern muss gut vorbereitet werden, da die Tendenz besteht, dass zusätzliche Erklärungen von den Dolmetschenden erwartet/übernommen werden, die dem Aufgabenbereich des Lehrers zuzuordnen sind.

Sehr problematisch erscheint der Einsatz von Kommunikationsassistenten/Pädagogischen Fachkräften mit Gebärdensprachkompetenz, die eine kurze Ausbildung erhalten haben. In einer elfmonatigen Ausbildung wird dabei die Anbahnung der vollwertigen Sprache DGS sowie die dringend notwendige Pädagogik vermittelt. Im Gegensatz dazu dauert ein Studium zum Gebärdensprachdolmetscher oder die Ausbildung zum Erzieher mehrere Jahre und enthält nur eine der beiden Qualifikationen.

Aufgrund der Kosten erscheint die im Vergleich zum Gebärdensprachdolmetscher günstigere Kommunikationsassistenten/ Pädagogische Fachkraft eine gute Lösung zu sein. In inklusiven Settings, in denen eine Kommunikationsassistentin/ Pädagogische Fachkraft als einzige gebärdensprachkompetente Bezugsperson mit einem gehörlosen Kind arbeitet, kann es jedoch an DGS-Kompetenz und an pädagogischem Wissen und Können fehlen. Eine in Großbritannien durchgeführte Untersuchung<sup>3</sup> von Wendy McCracken zeigt, wie oft die verschiedenen an der schulischen Ausbildung beteiligten Personen mit dem hörgeschädigten Kind Kontakt aufnehmen. Es zeigte sich, dass der am wenigsten ausgebildete „Assistant teacher“ die meisten Kontakte hatte. Erläuterungen oder Erklärungen, die vom Schüler benötigt wurden, wurden meist vom „Assistant teacher“ gegeben und nicht bei der Lehrkraft nachgefragt. Übertragen wir diese Ergebnisse auf die Kommunikationsassistentin/Pädagogische Fachkraft, wird deutlich, welchen Einfluss sie als häufig anwesende gebärdensprachkompetente Bezugsperson auf die Bildung des Kindes hat.

Schwierig zu finanzieren ist der Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für ein

einzelnes Kind. Dolmetscher, die im schulischen Bereich arbeiten, benötigen dringend Fortbildungen bezüglich des schulischen Einsatzes und bezüglich pädagogischer Inhalte, in denen sie sich auch mit den Schwierigkeiten, die mit dem schulischen Einsatz verbunden sind, auseinandersetzen. Eine Vernetzung von DGS-Dozenten, Gebärdensprachdolmetschern und sonderpädagogischen Lehrkräften ist wünschenswert.

*Wie gehen wir bei gebärdensprachorientierten Schülern in der Inklusion vor? Welche zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen werden benötigt?*

Gehörlose Eltern haben während der Kindergartenzeit ihrer Kinder die Erfahrung gemacht, dass hörende Kinder im Regelkindergarten Gebärdensprache erlernen können und Kommunikation unter den Kindern kein großes Problem darstellt. Sie möchten dies auf die Schulzeit ihrer Kinder übertragen. Es kann bisher noch nicht an allen SBBZ geleistet werden, dass in allen Fächern durchgängig in Gebärdensprache kommuniziert wird. Hier sehen gebärdensprachnutzende Familien einen großen Vorteil des Schulbesuchs an der allgemeinen Schule, bei dem sie sich wünschen, dass ein Gebärdensprachdolmetscher oder eine gebärdensprachkompetente Assistentin durchgängig den Unterricht begleitet.

Eine neutrale und umfassende Beratung, schon von Beginn der Frühförderung an, ermöglicht Eltern eine gut informierte Entscheidung zwischen inklusiver Beschulung an einer allgemeinen Schule oder dem Besuch eines SBBZ zu treffen. Diese Beratung sollte immer wieder kontinuierlich vor allem bei Übergängen neutral erfolgen. Für diese neutrale Beratung sollten auch „Selbstbetroffene“, zum Beispiel gehörlose Lehrer, einbezogen werden.

Ein großes Anliegen ist es, hörbehinderte<sup>4</sup> Schüler nicht alleine in der Inklusion zu belassen, sondern Außenklassen mit mehreren hörbehinderten Schülern zu bilden.

Diesem Anliegen steht jedoch der Elternwunsch der wohnortnahen Beschulung entgegen. Es gibt oftmals nicht genügend gleichaltrige hörbehinderte Schüler in einer Region, um eine Gruppenlösung zu ermöglichen.

Auch bedarf es sonderpädagogischer und gebärdensprachkompetenter Fachkräfte zur Aufbereitung von Unterrichtsinhalten mit hörbehindertenspezifischen Methoden, da eine direkte Beziehung zur Lehrkraft für das sozial-emotionale Gleichgewicht wichtig ist. Wie im SBBZ mit dem Förderschwerpunkt Hören, so darf auch in der Inklusion der vielfältige Bereich der sogenannten Hörgeschädigtenkinder nicht außer Acht gelassen werden.

Eltern, deren Kinder inklusiv beschult werden, sowie die Kinder selbst brauchen eine stabile und kontinuierliche Vernetzung, den Austausch und die Aufklärung untereinander, begleitet am besten durch selbst hörbehinderte Fachkräfte.

Unter verschiedenen Bedingungen kann Inklusion gelingen. So kann der Bundeselternverband gehörloser Kinder als Plattform für Kontakt zwischen Eltern, Schulen und hörenden Eltern fungieren. Eine Vernetzung hilft vielen Eltern. Ein kompetenter und neutraler Ansprechpartner vor Ort als Lotse wäre genauso von Vorteil, wie eine praxisnahe Handreichung. Sehpausen für das hörbehinderte, gebärdensprachnutzende Kind, Entlastungsmöglichkeiten für die Gebärdensprachdolmetscher und eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung müssen vereinbart werden.

Fortbildungen und Vernetzungen der Sonderpädagogen mit den Gebärdensprachdolmetschern und den Lehrern der allgemeinen Schule sind zwingende Voraussetzung, um gut aufeinander abgestimmt, den bestmöglichen Unterricht für das Kind anzubieten.

Arbeitskreis DGS des BDH LV BW e.V., in Kooperation mit dem Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e. V. Der Landesverband der Gehörlosen Baden-Württemberg e. V. unterstützt diese Stellungnahme.

<sup>3</sup> <http://www.feapdacongress2016.lu/keynotes.html> [Stand: 3.2.2017]

<sup>4</sup> Der Begriff Hörbehinderung wurde aufgrund der aktuellen Diskussionslage der Selbstbetroffenenverbände in Baden-Württemberg benutzt.